



Regionale Vertretung der Republika Srpska in Österreich
Datum: 12.12.2016

An:
Der Standard
Redaktion

Berichtigung des Interviews „Experte warnt vor Auswirkungen der FPÖ-Politik auf dem Balkan“, von Adelheid Wölfl, Der Standard, Inland, vom 4.12.2016

<http://mobil.derstandard.at/2000048596077/Suedosteuropa-Experte-warnt-vor-Auswirkungen-der-FPOe-Politik-auf-dem?ref=rss>

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Vertretung der Republika Srpska und ihre MitarbeiterInnen schätzen den „Standard“ als ein unabhängiges und objektives Tagesblatt.

In dem o.g. von Adelheid Wölfl geführten Interview werden jedoch ehrverletzende und rufschädigende Tatsachenbehauptungen geäußert, auf die wir hinweisen möchten.

Auf alle Einzelheiten der selektiven Information, Kategorisierung und verzerrten Behauptungen einzugehen, die mit diesem Text veröffentlicht wurden, würde den Rahmen eines Berichtigungsschreibens sprengen. Daher ersuchen wir hiermit um die adäquate Berichtigung in erster Linie folgender falscher Darstellungen, die eine andauernde Beeinträchtigung bzw. Schäden für (i.a.) die Republika Srpska und den Präsidenten Milorad Dodik verursachen:

1. *„Die gewaltsame Schaffung der Republika Srpska 1992 war Auslöser der Kriege in Bosnien-Herzegowina ...“*

Die Republika Srpska fußt in einer demokratischen Versammlung der serbischen Bevölkerung vom 25.6.1991, die am 21.11.1991 – wohlgemerkt vor dem Ausbruch des Krieges - den Willen der serbischen Bevölkerung für den Verbleib der Föderativen Republik Bosnien und Herzegowina im gemeinsamen Jugoslawien kundtat. Die serbische Bevölkerung war gegen die nationalistische Teilung Jugoslawiens und den daraus resultierenden Bürgerkrieg. Die Republika Srpska wurde am 9.1.1992 offiziell unter diesem Namen gegründet, und der Krieg begann erst im April 1992. Die Regierung der Föderativen Republik Bosnien und Herzegowina erklärte am 5.4.1992 die mit den Stimmen der muslimischen und kroatischen Bevölkerungsteile beschlossene Abspaltung Bosniens aus Jugoslawien. Am 6.4.1992 wurde die Unabhängigkeit Bosniens von der EU und den USA anerkannt. Die Abspaltung der Föderativen Republik Bosnien aus Jugoslawien entsprach nicht dem Willen der serbischen Bevölkerung, die sich nach wie vor für den Verbleib in Jugoslawien aussprach.

Die Behauptung, die Zerschlagung Jugoslawiens bzw. der Krieg in Bosnien hätte einen Auslöser, nämlich die Republika Srpska, gehabt, entspricht nicht den historischen Fakten und stellt somit eine populistische Rufschädigung der Republika Srpska dar. Zu den Ursachen und Auslösern des Krieges sei im Übrigen an die Fachliteratur verwiesen.



2. *„Die Kontakte Hofers und der FPÖ gehen zu Milorad Dodik, dem Präsidenten der Republika Srpska, der seit Jahren von einer Loslösung der RS redet und gleichzeitig mit autoritären Mitteln die Macht dort erhält.“*

Milorad Dodik ist der mit einer überwältigenden Mehrheit demokratisch gewählte Präsident der Republika Srpska. Die Republika Srpska verfügt über eine ordentlich gewählte Nationalversammlung, eine gewählte Regierung und einen gewählten Präsidenten. Die nicht näher begründete Behauptung, Präsident Dodik erhalte die Macht „mit autoritären Mitteln“ entspricht nicht den Tatsachen und stellt eine Rufschädigung der Republika Srpska und eine Verletzung des Persönlichkeitsrechts von Präsident Dodik dar.

Präsident Dodik „redet“ nicht von der Abspaltung der Republika Srpska, sondern verfolgt die klare Politik, dass diese Entscheidung – wenn überhaupt – im demokratischen Instrument der Volksabstimmung zu fällen wäre. Die Bemerkung, der Präsident „rede seit Jahren“ impliziert, dass er nicht ernst zu nehmen sei und stellt eine Rufschädigung dar.

3. *„Dies deutet darauf hin, dass die Kontakte zu serbischen Nationalisten in erster Linie opportunistisch waren... Natürlich sind dies Kontakte, und auch die offene Unterstützung für die Ziele dieser Politiker seitens der FPÖ sind eher ein Hindernis...“*

Hier werden Präsident der Republika Srpska Milorad Dodik und Präsident Serbiens Tomislav Nikolic explizit als „serbische Nationalisten“ bezeichnet. Dieses „Label“ für serbische Politiker jeglicher Parteizugehörigkeit ist seit der Normalisierung der internationalen Beziehungen kaum mehr anzutreffen, doch findet es sich in Ihrem Text. Präsident Dodik gehört zur Partei „Bündnis der unabhängigen Sozialdemokraten“, seine Politik ist sozialdemokratisch. Bei der nicht begründeten Behauptung, Präsident Dodik sei „serbischer Nationalist“, handelt es sich um eine Kategorisierung, die bloß eine Meinung des Autors sein kann, die hier fälschlicherweise als eine nicht zu hinterfragende Tatsache dargestellt wird. Diese Kategorisierung verfolgt das Ziel einer anhaltenden Rufschädigung.

Wir kennen den Standard als eine seriöse Zeitung, die komplexe Themen mit gebührender Sorgfalt behandelt und vereinfachte Schwarz-Weiß-Darstellungen meidet. Daher ersuchen wir Sie auf diesem Wege um die adäquate Berichtigung der falschen Darstellungen.

Hochachtungsvoll

Leiter der Vertretung



Mag. Mladen Filipović